Briefwahl jetzt!

Mehr GRÜN in die Grafschaft!

Veränderung beginnt hier

V.i.S.d.P.: Elisabeth Bergner, c/o B90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Grafschaft Bentheim, Kokenmühlenstraße 13, 48529 Nordhorn · Bildnachweise: Anne Rollero, Atelier Sobott und privat

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Klimaschutz, Soziales, Bildung, Wirtschaft und Verwaltung – unser Landkreis braucht eine Politik, die den Herausforderungen der Wirklichkeit gewachsen ist. In unserem Programmentwurf zur Kreistagswahl machen wir Vorschläge, damit ein gemeinsamer Aufbruch gelingt. Der Titel unseres Programms lautet **#GRÜNE - Wir mischen mit!**, denn unsere Grafschaft Bentheim braucht eine starke GRÜNE Vertretung, um die Krisen und Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft zu bewältigen.

Die Grafschaft Bentheim hat das Potenzial, das kommende Jahrzehnt in eine Dekade des mutigen Machens und des guten Gelingens zu verwandeln. Die globalen Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise und die Corona-Pandemie als Vertrauenskrise – wirken in unser aller Leben hinein. Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sind auch bei uns in der Grafschaft auf Dauer gefährdet, wenn wir Politik nicht so gestalten, dass Klimaschutz, gute sinnvolle Arbeitsplätze und faire Löhne, eine gute verbesserte Infrastruktur, gute erfolgreiche Schulen, gute ganzheitliche Gesundheitsversorgung, mutige Forschung und umfassende Digitalisierung langfristig gesichert werden.

Die Zeit ist reif für Zukunftsinvestitionen, denn nur so schaffen wir klimagerechten Wohlstand für alle Grafschafter:innen. Kreative Politik für die Grafschaft Bentheim erfordert neue Mehrheiten mit viel mehr GRÜNEN im Grafschafter Kreistag.

Wir brauchen Ihre Unterstützung, um unsere Ideen für eine umwelt- und menschengerechte Politik für die Grafschaft umzusetzen! Wählen ist ein Bürger:innenrecht! Nehmen Sie es wahr und gehen Sie am 12. September 2021 zur Wahl oder nutzen Sie bereits zuvor die Briefwahl.

Veränderung beginnt hier!

Auf den Inhalt kommt es an!

1. Klima-, Umwelt- und Naturschutz ... 2

Kommunaler Klimaschutz - Klimagerechte Grafschaft ... 2

Naturschutz, Landschaftsschutz, Rohstoffabbau ... 3

Bauen für Wohnen und Gewerbe ... 5

2. Mobilität und Verkehr ... 7

Radverkehr ... 7

Den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen ... 8

Wir sind am Zug – was ist noch zu tun? ... 9

Den motorisierten Individualverkehr nachhaltiger machen ... 10

3. Landwirtschaft und Tierschutz ... 11

Landwirtschaft ... 11

Tierschutz ... 13

4. Gesundheit und Soziales ... 13

Gesundheit ist ein hohes Gut ... 13

Solidarität statt Ausgrenzung, Multikulturelle und vielfältige Gesellschaft gestalten 15

Geschlechtergerechtigkeit in der Grafschaft ... 17

Unsere Zukunft: Kinder und Jugendliche in der Grafschaft ... 18

5. Moderne Verwaltung und verantwortungsvolle Finanzwirtschaft ... 19

Für Transparenz und Bürgerbeteiligung ... 20

Kluge Abfallwirtschaft ... 21

Kluge Beteiligungspolitik ... 21

Verantwortungsvolle Finanzwirtschaft ... 21

6. Arbeit, Wirtschaft und Tourismus ... 22

Wirtschaft und Infrastruktur ... 23

Arbeit und Arbeitsmarkt ... 23

Kultur ... 24

Sanfter Tourismus als wirtschaftliche Perspektive ... 26

7. Bildung ... 27

Lernorte Kindertagesstätten und Schulen ... 27

Lebenslanges Lernen ... 29

1. Klima-, Umwelt- und Naturschutz

Kommunaler Klimaschutz - Klimagerechte Grafschaft

Um das beim Weltklimagipfel 2015 in Paris völkerrechtlich verbindlich vereinbarte Klimaschutzziel zu erreichen, müssen wir bis 2035 klimaneutral sein und unseren Energiebedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien decken. Wir fordern den Bund und das Land auf, dafür endlich den erforderlichen Rahmen zu setzen. Um das Klimaziel zu erreichen, kommt es jedoch auch auf die Kommunen an. Jede Entscheidung muss unter Klimavorbehalt gestellt werden.

Heiße, trockene Sommer und plötzliche Starkregenereignisse zeigen uns: Der Klimawandel ist längst Realität! Deshalb müssen wir sehr viel mehr für den Klimaschutz tun, wir müssen uns darüber hinaus auch auf die Folgen des Klimawandels in unseren Kommunen einstellen.

Deshalb fordern wir:

- Verpflichtende **Sonnenenergienutzung und Begrünung** von Flachdächern und Fassaden kreiseigener Gebäude und Förderung und Beratung für Privatpersonen & Gewerbe

- **Sanierung der Eissporthalle** unter energetischen Aspekten, Schaffung einer ökologisch vertret-baren Nutzung von Wechselwärme mit dem Delfinoh

- Die **Förderung Erneuerbarer Energien** mit Lösungen, die die Flächenkonkurrenz nicht weiter verschärfen, z.B. Repowering von Windkraft, Solarthermie und Fotovoltaik auf Gebäuden sowie Geothermie

- Prüfung von **grüner Wasserstoff-Gewinnung** zur Energieversorgung in der Grafschaft Bentheim

- **Energetische Sanierung** des Gebäudebestandes im Eigentum des Landkreises

- Bessere **Beratung** zur energetischen Sanierung von Bestandsimmobilien in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer

Pixabay, Albrecht Fietz

Naturschutz, Landschaftsschutz, Rohstoffabbau

Die öffentlichen und privaten Grün- und Nutzflächen haben eine hohe Bedeutung für unsere heimischen Arten und für ein günstiges Klima innerhalb des bebauten Bereichs. Der Landkreis ist auch außerhalb des bebauten Bereichs Eigentümer landwirtschaftlicher Nutzflächen. Wir wollen, dass diese Flächen so genutzt werden, dass sie in besonderer Weise dem Natur-, Arten- und Klimaschutz dienen.

Deshalb fordern wir:

- **Schutz von Wasser und Boden** durch Ausschluss von Fracking
- **Schutz des Trinkwassers** durch Ausschluss von Ölförderung in Gebieten mit nutzbarem Grundwasser
- Stärkere unabhängige Kontrolle der **Sicherheit** und Ausschluss von Gesundheitsgefährdungen bei der Öl- und Gasförderung in der Grafschaft Bentheim
- **Förderung von privatem Engagement** für die natur- und umweltfreundliche Umgestaltung von Flächen
- Stärkung des **Wiesenvogelschutzes** zur Rettung von Kiebitz, Brachvogel und Co.
- **Insektenschonende Pflege der Straßenseitenräume** mit Mahd/Räum-Kombination einführen
- **Stärkung des Biotopverbunds** auf kommunalen Flächen durch naturnahe Aufwertung von Wegrainen

- **Förderung des ökologischen Landbaus**, indem landwirtschaftliche Nutzflächen im Eigentum des Landkreises bei Auslaufen bestehender Pachtverträge oder bei Neuverpachtung künftig nach Ökolandbau-Standards bewirtschaftet werden

- Wir treten dafür ein, dass sich die Grafschaft Bentheim und ihre Kommunen dem bundesweit aus inzwischen über 270 Städten, Gemeinden und Landkreisen starken **Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“** anschließt.

- **Lebensräume für Tiere und Pflanzen erhalten** durch besseren Schutz von Hecken, Feldgehölzen, Alleen, Baumreihen und Feldrainen durch Ausweisung als gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile

- Bodenschutz durch weniger Versiegelung und grundsätzliche Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei Baugebieten im Außenbereich

- Initiierung eines kreisweiten Programms zur Pflege neuer und alter Wallhecken

GRÜNE OV Nordhorn

Naturschutz stärken

Nur mit ausreichend Personal können die Fachbehörden die vielfältigen Ausgaben im Natur-, Wasser-und Bodenschutz umsetzen und Antragsverfahren schnell bearbeiten.

Deshalb fordern wir:

- eine **bedarfsgerechte** Ausstattung der Naturschutz- und Wasserbehörden im Landkreis und in den Kommunen der Grafschaft Bentheim

- eine **Stärkung** der kommunalen Natur- und Umweltschutzarbeit durch Einstellung von Mitarbeiter:innen, die sich mit der Vermittlung von Natur- und Umweltthemen und der Förderung von Eigeninitiativen der Bürger:innen im Bereich Natur- und Umweltschutz befassen

- die Bildung eines Teams an Mitarbeiter:innen in den Naturschutzgebieten im Bereich Tourismus-lenkung und Naturschutzvermittlung

Bauen für Wohnen und Gewerbe

Die Grafschaft ist ein Landkreis von hoher Attraktivität. Damit das so bleibt, müssen wir in der Kreisentwicklung noch stärker die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen. Die Nachfrage nach Wohnbau- und Gewerbeflächen ist anhaltend hoch. Um ihr nachzukommen und gleichzeitig sparsam mit den Freiflächen umzugehen, muss die **Innenentwicklung absoluten Vorrang vor der Ausweisung neuer Flächen im Außenbereich** haben. Das bedeutet, dass wir im Wohnungsbau, vor allem aber im gewerblichen Bereich dichter und höher bauen müssen. Der öffentliche Raum muss ansprechend gestaltet sein. Das schafft **Lebensqualität** und ermöglicht Begegnung und Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass lärm- und abgasarme und gleichzeitig gesunde Formen der Fortbewegung wie Zufußgehen und Radfahren den notwendigen Raum bekommen.

btr - Eigenes Werk, CC BY-SA 2.5, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=2305640

Der Landkreis soll die Mitgliedskommunen dabei unterstützen...

- die Festsetzungen in neu aufzustellenden Bebauungsplänen so auszugestalten, dass Anreize zum verdichteten, mehrgeschossigen Bauen gesetzt werden und dennoch das Gemeindebild nicht vernachlässigt wird;

- dass der **soziale Wohnungsbau** bei Vergabe an private Investoren bei mehrgeschossigen Projekten fest integriert wird;

- dass bei Mehrgeschossbauten im Wohnungsbau **ohne fossile Energieversorgung** geplant wird

- dass der **Genossenschaftsbau** gefördert wird;

- dass die Gemeinden aktive Liegenschaftspolitik betreiben und so zu zentralen Akteuren auf dem Wohnungs- und Flächenmarkt werden. Durch den kommunalen Erwerb neu zu bebauender Grundstücke oder die Realisierung von Vorkaufsrechten können bei der Weiterveräußerung an bauwillige Interessent:innen oder im Wege der sogenannten Abwendungsvereinbarung wohnungspolitische Ziele und Klimaschutzziele besser um- und durchgesetzt werden;

- dass **Einzelhandel**, der der Grundversorgung dient, im besiedelten Bereich angesiedelt werden muss. Neuansiedlungen „auf der grünen Wiese“ lehnen wir ab;

- dass die Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bedarfsgerecht sein muss. Eine Flächenbevorratung über den Bedarf hinaus und eine Vermarktung von Gewerbeflächen unterhalb ihres Marktwertes kommt für uns nicht in Frage;

- dass bei erforderlicher Neuausweisung von Bau- oder Gewerbeflächen die dafür potenziell in Frage kommenden Flächen auch unterhalb von 10 Hektar einer **Umweltverträglichkeitsprüfung** zu unterziehen sind. Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig kompensiert werden;

- dass die kreiseigene Grundstückgesellschaft sich bei ihren Aktivitäten ebenfalls an den vorgenannten Zielen und nicht zuletzt an der **Barrierefreiheit** zu orientieren hat.

Nordhorn-Range

Der Luft-/Bodenschießplatz Nordhorn (Nordhorn-Range) führt zu erheblichem Fluglärm und zu weiteren erheblichen Umweltbelastungen. Wir fordern daher die **Schließung von Nordhorn-Range**.

Anti-Atom

Wir GRÜNE wollen einen **echten Atomausstieg** mit **Schließung aller Atomanlagen in der Region** (wie z.B. Urenco und ANF). Die Grafschaft Bentheim darf nicht mehr als Transitgebiet für Atomtransporte genutzt werden – auch nicht von der kreiseigenen Bentheimer Eisenbahn auf Schiene oder Straße. Die Rettungskräfte vor Ort müssen im Vorfeld über anstehende Atomtransporte durch die Region informiert werden. Wir fordern seit langem und auch in Zukunft die überfällige **Aktualisierung und Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne**. Darüber hinaus fordern wir eine verstärkte Öffentlichkeitsinformation und -beteiligung beim genehmigten Rückbau vom AKW Lingen.

2. Mobilität und Verkehr

Der Verkehrssektor ist der einzige Wirtschaftssektor, in dem Treibhausgasemissionen seit 1990 nicht reduziert worden sind. Deshalb ist die Verkehrspolitik eines der größten politischen Handlungsfelder. Der Landkreis muss seine Beteiligung am Flughafen Münster-Osnabrück aufgeben.

Radverkehr

Das Leitbild der autogerechten Kommunen gehört auch bei uns im Landkreis schon lange ins Museum. Nicht der aktuelle, sondern der zukünftig zu erwartende **Mobilitätsmix** muss Grundlage der verkehrlichen Erschließung und des Ausbaus der Infrastruktur sein. Wir streben dabei eine **Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer:innen** an.

Daher fordern wir:

- Die Investitionen in den **Erhalt und den Ausbau der Radwege** müssen gesteigert und die dafür zuständigen personellen Ressourcen in der Verwaltung ausgebaut werden.

- An viel befahrenen Straßen, an denen der Autoverkehr mit mehr als 30 km/h unterwegs ist, wollen wir einen separat geführten Fahrradweg oder einen ausgewiesenen, ausreichend

breiten Fahrradstreifen realisieren – nötigenfalls auch durch Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr.

- Fahrradwege sind im Winter zumindest genauso zügig wie Straßen zu räumen.

- Bei Bedarf sollten Alltagsradwege abseits von Straßen beleuchtet werden – hier setzen wir auf intelligente, mit Bewegungsmeldern gesteuerte und insektenfreundliche Beleuchtungen.

- Einrichtung **interkommunaler Radschnellwege**

Den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

Bündnis 90/Die Grünen stehen für die Förderung, Optimierung und den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Darunter verstehen wir Mobilitätsangebote, die allen Menschen allgemein zugänglich sind und kostengünstig zur Verfügung stehen. Ein leistungsfähiger ÖPNV ist das Rückgrat nachhaltiger Mobilität.

- Der öffentliche Personennahverkehr ist passgenauer zu gestalten, kreativ weiterzuentwickeln (Bsp.: „On-Demand“, „Haustür-zu-Haustür“) und zielgruppengerecht zu bewerben.

- Der ÖPNV kann nicht jedes Ziel zu jeder Zeit perfekt anbinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das ÖPNV-Angebot um **Miet-Zweiräder** zu ergänzen. Im ÖPNV-Abo soll das Angebot inbegriffen sein.

- Um das Fahrrad mit dem ÖPNV besser kombinieren zu können, müssen an allen geeigneten Haltestellen **Fahrradständer** vorhanden sein.

- Die Möglichkeit, in Bahnen Fahrräder mitzunehmen, sollte verbessert und ausgebaut werden.

- Wir treten für eine **Mobilitäts-App** ein, die neben Fahrplanauskünften, Ticketbuchungen und Reservierung von Leihfahrzeugen auch Informationen über Betriebsstörungen und Alternativrouten bietet. Außerdem streben wir eine Best-Preis-Abrechnung an: Wer sich dazu über eine App anmeldet, soll je nach Nutzungsverhalten innerhalb eines Monats im Nachhinein den besten Preis abgerechnet bekommen.

- Inhaber:innen von Abo- und Monatskarten sollen außerhalb der Hauptverkehrszeiten – abends und an den Wochenenden – eine **weitere Person kostenlos** mitnehmen dürfen.

- Wir wollen die kommunale Fahrzeugflotte schnellstmöglich klimaneutral machen, unter anderem durch Einführung der Elektrifizierung und der grünen Wasserstofftechnologie.

- Einrichtung von **Mobilstationen** zur alltagstauglichen Verknüpfung von ÖPNV mit anderen Verkehrsträgern wie Fahrrädern, E-Bikes oder Carsharing (Bsp. Bahnhof Nordhorn; Ausweitung auf andere zentrale Knotenpunkte wie z.B. Bahnhof Quendorf)

- Anbindung von Bus an Bahn besser planen, um Fahrten durch verringerte Wartezeit attraktiver zu gestalten

- **bezahlbarer und barrierefreier ÖPNV für alle**

- Ausweitung der Nutzergruppen und des Geltungsbereichs des **Sozialtickets**

- Verbesserung der interkommunalen Verbindungen über Landkreisgrenzen hinaus

Wir sind am Zug - was ist noch zu tun?

- den Lückenschluss von Nordhorn bis Coevorden zügig vorantreiben

- **Weiterführung über Gildehaus und Gronau nach Enschede**

- Attraktive Gestaltung der Bushaltestellen an den Bahnhöfen (mehr Streckeninformationen, wetterfeste Wartestellen, ggf. abschließbare Fahrradständer)

- kompatible Gestaltung der Gültigkeit von Bahnfahrkarten – Anerkennung auch des NRW-Tickets in jedem Winkel der Grafschaft – Anbindung mit dem Intercity+Ticket

- Gewährleistung der Busverbindungen von Gemeinden, die nicht direkt an der Bahnstrecke liegen. Einführung attraktiverer Taktungen bei Bus- und Zug-Verbindungen.

- Prüfung der **Elektrifizierung** und schnellstmögliche Umstellung auf einen grünen Antrieb

GRÜNE KV Grafschaft Bentheim

Den motorisierten Individualverkehr nachhaltiger machen

Insbesondere in unserer ländlich geprägten Grafschaft wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin eine erhebliche Bedeutung haben. Um diesen nachhaltiger zu machen, wollen wir:

- das **Carsharing-Angebot ausbauen** und in Neubaugebieten Carsharing-Konzepte direkt mit einplanen, um die Anzahl der privaten PKW zu reduzieren;
- Anreize zum **Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur** setzen und Hemmnisse für den Ausbau öffentlicher Ladesäulen abbauen;
- Förderung von Elektrorollern als Anreiz zum Umstieg auf die Elektromobilität;
- **Schutz von Straßenbäumen und Alleen** – keine Abholzaktionen aus vorgeschobenen Gründen der Verkehrssicherheit;
- die Elektrifizierung der Mobilität unter dem Aspekt der Sektorenkopplung erreichen.

3. Landwirtschaft und Tierschutz

Landwirtschaft

Die **Landwirtschaft hat in der Grafschaft Bentheim nach wie vor eine große Bedeutung**, auch wenn bei uns viele kleinere landwirtschaftliche Betriebe in den letzten Jahren aufgeben mussten. Damit der **Trend des „Wachsens oder Weichens" gestoppt** wird, wollen wir unsere Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützen, sich an den sich verändernden Bedürfnissen der Verbraucher:innen auszurichten. Unser Leitbild ist der Ökologische Landbau, denn durch den Verzicht auf Pestizide und synthetische Düngemittel wird nicht nur die Umwelt geschont, sondern es entstehen auch deutlich weniger Treibhausgase.

Wir setzen uns dafür ein,

- dass in den **Kindergärten, Schulen, Kantinen und Großküchen ökologisch und möglichst regional erzeugte Nahrungsmittel** eingesetzt werden;

- dass die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum des Landkreises bei Neuverpachtung an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden;

- dass Landkreis und Gemeinden keine Bauflächen für gewerbliche Stallbauten baurechtlich nicht-privilegierter Betriebe ausweisen, um so die bäuerlichen Betriebe und die Umwelt zu schützen;

- den Anteil biologisch wirtschaftender Betriebe zu erhöhen und die Absatzmöglichkeiten zu verbessern;

- dass eine engmaschige Überprüfung der Einhaltung von Umweltschutzvorgaben (wie sie zum Beispiel im **„Niedersächsischen Weg“** vereinbart sind) durchgeführt wird;

- **Hilfestellung für den Umbau von bestehenden Ställen** mit dem Ziel „weniger Tiere – mehr Tierwohl“ anstelle von Neubauten zu geben;

- ökologisch hochwertige Eschböden vor der Versiegelung durch Siedlungs- und Gewerbegebiete zu schützen;

- Oberflächenwasser in landwirtschaftlich genutzten Bereichen im Sommerhalbjahr zu halten, um der Notwendigkeit von Beregnung entgegenzuwirken.

Anne Rollero

Tierschutz

Seit 40 Jahren steht grüne Politik für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt und insbesondere mit den Tieren. In Niedersachsen ist es die Aufgabe der Kommunen, das Tierschutzgesetz umzusetzen.

Wir fordern daher:

- mehr **Kontrollen für das Tierwohl** umsetzen und fordern, dass dafür genügend Personal bereitgestellt wird;
- dafür sorgen, dass die Kosten der Tierheime für die sog. Fundtierverwahrung und für die Unterbringung amtlich eingezogener Tiere vollständig aus den kommunalen Haushalten gedeckt werden; dass Tierheime gezwungen sind, diese öffentliche Aufgabe teilweise aus Spendengeldern zu finanzieren, muss der Vergangenheit angehören;
- die **Hundesteuer** für Hunde aus dem Tierheim ermäßigen; das ist gut für die Hunde, entlastet das Tierheim und damit auch den Haushalt der Kommunen;
- **Hundefreilaufflächen** für den ganzjährigen Freilauf identifizieren, ausweisen und einzäunen
- die Kastration von Katzen grundsätzlich verpflichtend machen, um so die Vermehrung zurückgelassener und ausgesetzter Hauskatzen zu verringern (Ausnahmen für Züchter).

4. Gesundheit und Soziales

Gesundheit ist ein hohes Gut

Der Zugang zu gesundheitlicher Prävention und medizinischer Behandlung ist existenziell und muss für alle Menschen möglich sein, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Die Corona-Pandemie hat uns allen deutlich gezeigt, dass Gesundheit und Pflege als elementare Bestandteile der öffentlichen Daseinsfürsorge einen hohen Stellenwert einnehmen. Das Gesundheitswesen ist im Wesentlichen zwar auf Bundes- oder Landesebene und in den Selbstverwaltungen der Versicherungen und Leistungserbringer geregelt, auf Landkreisebene bietet sich allerdings im öffentlichen Gesundheitsdienst und im Bereich der Gesundheitsförderung in allen Lebenswelten durchaus viel Gestaltungsspielraum. Darüber hinaus kann sich der Landkreis vorausschauend als Motor und Innovator engagieren, Moderator und Impulsgeber sein, Strukturen und Leistungsangebote prüfend in den Blick nehmen und Beteiligte an einen Tisch holen, um aktuellen Herausforderungen geeignet begegnen zu können.

GRÜNE KV Grafschaft Bentheim

Daher fordern wir:

- Kommunale Politik muss Gesundheit in allen Bereichen und Lebenswelten mitdenken („Health in all policies"-Ansatz). **Gesundheitsförderung und Prävention** begreifen wir daher als kommunale Querschnittsaufgabe und rücken sie ins Zentrum politischer Entscheidungen, bspw. für den Bereich des Wohnens, des Arbeitens, der Stadt- und Verkehrsplanung, der Ausstattung von Schulen, Kindergärten und -tagestätten, Sportstätten, Freizeiteinrichtungen.

- Wir treten ein für eine **Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes** und befürworten dessen strukturelle und personelle Weiterentwicklung für ein breites Aufgabenfeld:
    - **Sicherstellung des Infektions- und Katastrophenschutzes**
    - Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen in Problemlagen
    - Kontroll- und Überwachungsaufgaben
    - regelmäßige kommunale Gesundheitsberichterstattung zur Darstellung vordringlicher Handlungsbedarfe
    - Impulsgeber und Koordinator kommunaler Gesundheitsförderungs- und Präventionsangebote in allen Lebenswelten und Bevölkerungsgruppen
    - Aktive „Gesundheitsregion" Grafschaft Bentheim: Durchführung von regionalen Gesundheitskonferenzen

- Die medizinische Versorgung ist durch **vorausschauende Planung** und mit geeigneten Förderprogrammen zu sichern. Eine enge Zusammenarbeit mit der Euregio-Klinik, dem Grafschafter Ärztenetz sowie weiteren Akteuren im Gesundheitswesen ist dafür unerlässlich.

- Um eine hochwertige und verlässliche medizinische Versorgung in unserem ländlichen Raum zu gewährleisten, können ergänzende Bausteine wie **Telemedizin** oder der Einsatz von nichtärztlichem Personal für definierte Leistungen helfen. Solche Optionen sind im Rahmen der landkreisseitigen Möglichkeiten zu prüfen und ggf. geeignet zu unterstützen.

- Wir befürworten die (Weiter-)Entwicklung von Projekten und individuellen Unterstützungs- und Beratungsmaßnahmen für hilfe- und pflegebedürftige Menschen mit dem Ziel, ihnen ein **selbständiges und selbstbestimmtes Leben** in vertrauter Umgebung zu ermöglichen.

- Wir plädieren für eine Stärkung des Senioren- und Pflegestützpunktes, um eine individuelle und trägerunabhängige **Beratung für Pflegebedürftige** sowie deren Angehörige sicherstellen zu können.

- Wir setzen uns dafür ein, Senior:innen **ausreichend Plätze in der Tages-, Entlastungs- und Kurzzeitpflege** anbieten zu können.

- Der demographische Wandel verstärkt den bestehenden **Personalmangel** in den Pflegeberufen. Wir befürworten aktive Maßnahmen, um diesem Mangel entgegenzuwirken, z.B. durch regelmäßige Erhebung der Personal- und Angebotsbedarfe mittels einer Pflegeberichterstattung (qualitativ und quantitativ), durch Unterstützung bei der Stellen- und Wohnraumsuche von Arbeitnehmer:innen, durch flexible Betreuungszeiten in Kitas, attraktive Aus-, Fort- und Weiterbildungsförderung u.a.

- Wir setzen uns ein für den Ausbau und die Weiterentwicklung der ambulanten und stationären **Palliativversorgung**.

- Der Landkreis ist Gesellschafter bei der Euregio-Klinik in Nordhorn und bei der Fachklinik in Bad Bentheim. Einen Verkauf der Gesellschaftsanteile an private Gesundheitsunternehmen lehnen wir ab.

Solidarität statt Ausgrenzung, multikulturelle und vielfältige Gesellschaft gestalten

Es kann teuer werden, sich unseren Sozialstaat nicht zu leisten, denn er garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat nicht überall gut bestellt und in kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland – und diese Ungleichheit nimmt zu. Wir GRÜNE setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für alle ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt. Wir fördern ein **inklusives, solidarisches Miteinander aller Menschen,** die hier leben, egal wie lange schon. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen mit Männern auch hier in der Grafschaft Bentheim ist uns wichtig.

Familienfreundliche Politik bis in die letzte kleine Mitgliedsgemeinde hinein macht unseren Landkreis zukunftsfähig. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist. Eine qualitativ gute Kinderbetreuung für alle Familien, die dies wünschen, flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu.

Auch in der **Jugendförderung** machen wir GRÜNE uns stark. Wir GRÜNEN setzen uns ein für eine freie, weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns nichts zu suchen.

Daher fordern wir:

- Die sozialen Einrichtungen in der Grafschaft Bentheim brauchen für ihre wertvolle Arbeit eine **verlässliche Förderung**. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Mittel verstetigt und bedarfsgerecht ausgeweitet werden.

- Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.

- Wir befürworten die Schaffung einer für den Landkreis zuständigen Stelle einer/eines **Antidiskriminierungsbeauftragten**.

- Wir setzen uns ein für die Sicherung und den Ausbau der vielfältigen Beratungsstellen für Menschen, die in Not geraten sind.

- Der Landkreis hat eine **Vorbildfunktion**. Wir stehen dafür, dass die Arbeitsverhältnisse beim Landkreis und seiner verbundenen Unternehmen im vollen Umfang den sozialen Standards entsprechen und wenden uns gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, die im Verantwortungsbereich des Landkreises liegen (z.B. im Reinigungswesen).

- **Wohnen ist Menschenrecht**. Wir fordern, dass der Landkreis die Entwicklung der Wohnraumsituation weiterhin analysiert und im Rahmen seiner Möglichkeiten aktive soziale Wohnungspolitik betreibt, indem er von den Mitgliedskommunen insbesondere die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum einfordert und sozialen Wohnungsbau voranbringt.

- **Echte Barrierefreiheit** für einen umfassenden Zugang und für uneingeschränkte Nutzungschancen aller gestalteten Lebensbereiche ist uns ein hohes Ziel. Sie muss noch selbstverständlicher in allen politischen Maßnahmen mitgedacht und gesichert werden. Das Bauordnungsamt muss diesbezüglich in seiner Kontroll- und Aufsichtsfunktion gestärkt werden.

- Der Ausbau von **Integrationsangeboten** steigert die Attraktivität für die dringend erforderliche Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften.

- Die Schaffung aufsuchender Angebote für EU-Einwanderer, analog den Angeboten im Integrationszentrum des Jobcenters (z.B. **Willkommenslotsen**), ist uns ein Anliegen.

- Neben der weiteren Sicherstellung des **Spracherwerbs** und der vorrangigen Arbeitsmarktintegration sollen auch soziale Begegnungs- und Erlebnisräume für Einheimische und Zugewanderte geschaffen werden.

- Bei allen sozialpolitischen Maßnahmen bedenken wir immer auch den Aspekt der **Inklusion**, um uns gemeinsam als Gesellschaft weiterzuentwickeln.

- In der Grafschaft wird das **Ehrenam**t großgeschrieben. Der Landkreis kann und muss durch gezielte Maßnahmen das Ehrenamt fördern. Insbesondere sollen auch solche Vereine und Organisationen gefördert werden, denen eine Integration von Zugewanderten in Ehrenämter gelingt.

GRÜNE KV Grafschaft Bentheim

Geschlechtergerechtigkeit in der Grafschaft

Wir setzen uns dafür ein, Chancen, Macht, Geld und Zeit endlich gerecht zwischen Frauen und Männern zu teilen. Wir erkennen gleichzeitig an, dass Menschen unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten sind. **Wir erkennen die vielfältigen Formen von Partnerschaft und Familie an**. Hetero- und Homosexuelle Bisexuelle, Trans*sexuelle oder Intersexuelle Menschen brauchen gleiche Chancen.

- Wir stehen für konsequentes Gender-Mainstreaming und befürworten, dass der Landkreis in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen von vornherein Gleichstellungsaspekte beachtet und für deren Umsetzung Verantwortung übernimmt. Es braucht weiterhin die konsequente **Umsetzung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes** und Geschlechterparität in Führungspositionen beim Landkreis und in den kreiseigenen Einrichtungen.

- Wir setzen uns ein für die Unterstützung von **Frauen- und Kinderschutzhäusern**, für Beratungsangebote für Frauen in Not und Aufklärung zum Thema „Häusliche Gewalt“.

- Für die bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** braucht es weitere umfassende und konsequente Maßnahmen, um die weiterhin auffällig niedrige Erwerbs- und Verdienstquote der Grafschafter Frauen wesentlich zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise noch

bessere Betreuungsangebote für Kinder sowie Programme und Aufklärungsaktionen zur Ausbildung und Ausübung von Führungspositionen in Teilzeitform.

Unsere Zukunft: Kinder und Jugendliche in der Grafschaft

GRÜNE OV Nordhorn

Wir fordern:

- Der Landkreis muss seine **Koordinierungsfunktion als Jugendhilfeträger** verstärkt wahrnehmen. Er muss die kommunalen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in den Kommunen nicht nur finanziell, sondern auch fachlich unterstützen. Nach entsprechender Analyse des vorhandenen Angebotes und Diskussion im öffentlich-politischen Raum sind **Mindeststandards und Anforderungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen** zu formulieren und im gesetzlichen Rahmen weitestgehend durchzusetzen. Nur so wird sichergestellt, dass den jungen Menschen in der Grafschaft gleichermaßen hochwertige Freizeit-, Kultur- und Beteiligungsmöglichkeiten angeboten und vielfältige Themenbereiche wie beispielsweise soziale Gerechtigkeit, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz vor Ort bedient werden.

- Wir befürworten die Finanzierung und Einstellung von **Stadtjugendpflegern** in Zusammenarbeit mit den einzelnen Kommunen, um vor Ort neben der offenen Jugendarbeit auch außerschulische Kinder- und Jugendbildungsangebote anbieten und eine sinnvolle Vernetzung und Kooperation mit allen Partnern der sozialpädagogischen Arbeit in der Grafschaft gewährleisten zu können.

- Es braucht mehr **Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen** bei demokratischen Meinungsfindungs- und Entscheidungsprozessen. Hier setzen wir uns ein für neue Angebote und fordern und fördern Projekte, Planspiele, Jugendkonferenzen und -parlamente, die diesem Anspruch gerecht werden.

- Solange das Land Niedersachsen die Einstellung von **Sozialarbeiter:innen für alle Schulen** in Kreisträgerschaft nicht übernimmt, fordern wir die Übernahme dieser Aufgabe durch den Landkreis.

Moderne Verwaltung und verantwortungsvolle Finanzwirtschaft

Eine moderne Verwaltung muss **Dienstleisterin und Partnerin der Bürger:innen** sein. Dazu muss sie personell und technisch gut ausgestattet sein. Moderne Verwaltung steht für **Bürgernähe, kurze Wege, hohe Qualität und nachvollziehbare, lösungsorientierte Entscheidungsprozesse**. Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten der Digitalisierung an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung soll besser, dynamischer, niederschwelliger und bürger:innennäher werden. Der digitale Behördengang muss durch seine Ausgestaltung für möglichst alle Menschen beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleistungen in der Grafschaft Bentheim auch weiterhin analog zur Verfügung stehen.

GRÜNE OV Nordhorn

Für Transparenz und Bürgerbeteiligung

Wir fordern:

- Die Kreisverwaltung arbeitet bis 2026 vollständig **klimaneutral**, vom Fuhrpark, über Heizung und Energieverbrauch bis zur Kantine.

- Für die Kreisverwaltung wird ein Leitbild unter Beteiligung von Mitarbeiter:innen und Politik entwickelt.

- Mit einer E-Government-Strategie für die Grafschaft wollen wir dafür sorgen, dass alle **digitalisierbaren Verwaltungsdienstleitungen** spätestens Anfang 2023 digital angeboten werden. Vom Arbeitslosengeld II bis zur PKW-Zulassung sollen die Bürger:innen möglichst viele Verwaltungsdienstleistungen online erledigen können. Der Datensicherheit wird dabei höchste Priorität eingeräumt. Für die Aufgaben einer digitalen Verwaltung müssen die Mitarbeiter:innen konsequent fortgebildet werden.

- Wir treten dafür ein, alle bei der Verwaltung vorliegenden Informationen mit Einverständnis der Bürger:innen und Unternehmen zu nutzen und selbst zu beschaffen, statt den Betroffenen abzuverlangen, diese immer wieder neu beizubringen.

- Die **Bauverwaltungsbehörde muss gestärkt werden**, um Anträge zeitnah und lösungsorientiert bearbeiten zu können.

- Eine vielseitige **Grafschaft App** soll Informationen über regionale Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, ein Beschwerde- und Mängeltool, Adressen von Vereinen und Unternehmen zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, Termine bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen zu buchen.

- Unser Landkreis hat eine Vorbildfunktion auch bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Deshalb treten wir für die **Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards** ein. Waren und Dienstleistungen, die in der Region verfügbar sind, sollen möglichst prioritär auch regional eingekauft und Angebote bevorzugt werden, die qualifizierten Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigung bieten.

- Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss auch in unserer Verwaltung hohe Priorität haben. Mindestens 50% der Führungspositionen unserer Verwaltung müssen deshalb mit Frauen besetzt werden.

- Angemessene Leitungsspannen auf Dezernatsebene – ausgewogene Verantwortlichkeiten für Produkte und Mitarbeiter

- Die **Bürger:innen haben ein Anrecht auf größtmögliche Transparenz politischer Entscheidunge**n. **Öffentliche Ratssitzungen müssen daher künftig im Internet gestreamt werden.**

- Wir setzen uns für die Durchführung von Einwohnerversammlungen zu wichtigen Projekten ein.

Effiziente Abfallwirtschaft

Wir fordern:

- Konsequente Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzepts
- Weiterverwendung, Wiederverwendung und zuletzt das **Recycling** muss auch bei der Sperrmüllentsorgung gewährleistet sein – keine undifferenzierte Entsorgung

Kluge Beteiligungspolitik

Wir fordern:

- mehr **Offenheit und Transparenz** in kreiseigenen Unternehmen
- weitgehende Rückverlagerung der politischen Entscheidungsprozesse von den Aufsichts- und Verwaltungsräten in die Kreispolitik
- Stetige Überprüfung aller Unternehmensbeteiligungen des Landkreises; der Landkreis darf keine öffentlichen Mittel verschwenden, deshalb müssen nicht lukrative oder schädliche Beteiligungen beendet werden
- Unverzügliche Erarbeitung von Ausstiegsszenarien für den Flughafen Münster-Osnabrück und anschließend **Ausstieg aus der Kreisbeteiligung am FMO**: Schlechtem Geld kein „Gutes“ hinterherwerfen!

Verantwortungsvolle Finanzwirtschaft

Aufgabe der Finanzwirtschaft auf kommunaler Ebene ist es, eine **gute öffentliche Infrastruktur** und die **Funktionsfähigkeit der Verwaltungen** zu gewährleisten und in die allgemeine Daseinsvorsorge zu investieren. Durch die Corona-Pandemie sind einige Einnahmen eingebrochen – sei

es durch geringere Steuereinnahmen, als auch höhere Aufwendungen für Kurzarbeit, Gesundheitsämter und schulische Digitalisierung.

Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Finanzen, auch um die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen zu sichern. Gleichzeitig gewährleisten öffentliche Investitionen in die kommunale Wirtschaftsleistung und Bildung auch den langfristigen Wohlstand; Kreditfinanzierungen der erforderlichen Finanzmittel sind hier pragmatisch geboten.

Wir fordern:

- Die Finanzierung notwendiger öffentlicher Ausgaben muss durch eine angemessene **Generierung von Einnahmen** sichergestellt werden. Hier kann eine nachhaltige und zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung bzw. Förderung des Standortes für höhere Gewerbesteuer-Einnahmen sorgen.

- Verantwortungsvolle Priorisierung und Budgetierung der freiwilligen Auf- und Ausgaben, auch im Hinblick auf zukünftige Generationen.

- Investitionen mittels Kreditfinanzierung sind für wichtige, infrastrukturelle Maßnahmen notwendig und geboten. Bei den derzeitigen Niedrigzinsen versprechen maßvoll eingesetzte Kredite in **Bildung, Digitalisierung und Gesundheitsvorsorge** eine **gute Rendite**.

- Lenkungsfunktion: durch Steuern und Abgaben gesundheits- oder umweltbewusstes Verhalten fördern.

5. Arbeit, Wirtschaft und Tourismus

GRÜN heißt Wirtschaftspolitik mit Weitblick. Wir GRÜNE stehen für eine vielfältige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Eine Wirtschaft, die bei Umweltproblemen Teil der Lösung statt Teil des Problems ist. Für uns GRÜNE gehört zwischen Wirtschaft und Umwelt kein „oder“. Die Grafschaft Bentheim ist ein guter Wirtschaftsstandort und das soll auch so bleiben. Dabei gilt es, Umwelt und Klimaschutzanforderungen nicht als Hindernis, sondern als Chance zu begreifen: Geschäftsmodelle müssen langfristig nachhaltig aufgestellt werden, um neue Märkte zu erschließen. Eine **Kreislaufwirtschaft** soll, wo immer möglich, gefördert werden. So werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und gesichert.

Wir setzen uns für eine verstärkte **Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen** sowie von **Start-ups** ein, insbesondere bei innovativen Projekten, Digitalisierungsvorhaben und beim Auf-

bau neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Unsere Grafschaft soll ein grünerer Landkreis werden. Dazu gehört auch ein Wirtschaftsförderprogramm für ökologische Landwirtschaft. Wir wollen für mehr Lebensqualität sorgen und damit zu einer Attraktivitätssteigerung für alle in der Grafschaft Bentheim beitragen.

Wirtschaft und Infrastruktur

Wir fordern:

- Wichtige Standortfaktoren: zügiger Ausbau des Glasfasernetzes und leistungsfähige Mobilfunknetze

- Für eine EU-weite Harmonisierung der Mobilfunknetze in den Grenzgebieten setzen wir uns ein – für eine **ungehinderte Kommunikation in unserer Grenzregion**!

- Der stationäre Einzelhandel gerät auch in unserem Landkreis durch den rasant wachsenden Online-Handel unter Druck. Wir möchten eine digitale Plattform für die sinnvolle Verknüpfung von Beratung vor Ort und ein Online-Angebot aufbauen. Um die Entwicklungspotenziale unseres stationären Handels durch die Digitalisierung systematisch anzugehen, setzen wir uns für die Erarbeitung eines **Masterplans „Smarter Handel Grafschaft Bentheim“** ein. Zudem möchten wir hierzu auf Kreisebene eine Beratungsleistung für die Möglichkeiten des Handels anbieten.

- Wir möchten kreiseigene Förderprogramme für Wirtschafts- und Landwirtschaftsbetriebe auflegen, die in eine ökologische, klimaverträgliche und nachhaltige Art zu wirtschaften investieren.

- Um **Fachkräfte** zu gewinnen und zu halten, gehören eine gute öffentliche Infrastruktur, ein breites kulturelles Angebot und nicht zuletzt eine intakte Umwelt zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren.

- **Fläche ist nicht vermehrbar**! Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für den sparsamen Umgang auch mit den gewerblich genutzten Flächen ein. Wir wollen ein Gewerbeflächenmanagement, das in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen/ Nachbarlandkreisen auf einen sparsamen Umgang mit der Fläche setzt, statt sich mit vermeintlich attraktiven Ansiedlungsangeboten gegenseitig zu unterbieten.

Arbeit und Arbeitsmarkt

Wir fordern:

- Die **Sicherung von Fachkräften** ist existenziell wichtig. Deshalb setzen wir uns für eine systematische Erfassung der Bedarfe der örtlichen Wirtschaft ein. Gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren wie Kammern, Berufsbildenden Schulen, Hochschulen, Wirtschaftsförderungen, Institutionen wie der Ems-Achse und der EUREGIO und natürlich auch den

Verwaltungen wollen wir Konzepte und Angebote für Aus- und Fortbildung weiter ausbauen.

- Die grenzüberschreitende Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen muss vorangetrieben und damit der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt durchlässiger gemacht werden.

- Wir möchten eine **Reduzierung des Niedriglohn- und Minijobsektors** zugunsten von sozialversicherungspflichtigen Stellen erreichen, die den Aufbau einer ausreichenden Rente garantieren. Hier sehen wir die Wirtschaftsunternehmen in der Verantwortung.

- Wir fordern die **Reduzierung von befristeten Stellen** in kreiseigenen Einrichtungen.

- Die Stärkung des zweiten Arbeitsmarktes mit dem Ziel der Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt ist uns wichtig. Menschen mit körperlichen, psychischen und geistigen Behinderungen haben ein Anrecht auf **Eingliederung in Arbeitsprozesse**. Durch „Job Carving“ – also geschicktes Zusammenfassen von einfachen Tätigkeiten – können neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Grafschafter Unternehmen brauchen hier Beratung und Begleitung, damit auch Inklusion am Arbeitsplatz gelingt.

Kultur

Mit **einem vielseitigen und hochwertigen kulturellen Angebot** wird unsere Region für ihre Bürger:innen und Besucher:innen erst lebenswert! Wir setzen uns daher ein für die Förderung von unterschiedlichen kulturellen Institutionen und Angeboten und fordern, den Zugang für alle Teile der Bevölkerung zu erleichtern.

Wir fordern...

- die Entwicklung eines Kulturkonzeptes auf Kreisebene unter Einbindung der Heimat- und Brauchtumsvereine, Kunst- und Musikvereine sowie verschiedenen Initiativen in ihrem Bemühen, Kunst, Musik und Kultur einer möglichst großen Zahl von Menschen nahezubringen, unterstützen

- Kultureinrichtungen wie Theater, Bühnen, Museen und Freilichtmuseen, sonstige Veranstaltungsorte oder Stiftungen sichern und fortentwickeln; hierzu muss die bisherige Kulturfinanzierung evaluiert werden und entsprechend angepasst werden

- vorhandene Projekte wie etwa „Kunstwegen“, „Raumsichten“ und „Stolpersteine“ instandhalten, weiterentwickeln und überregional bewerben

- innovative Projekte im Bereich Kunst, Musik und Kultur fördern
- die Heimatvereine fördern und bei der Nachwuchsgewinnung unterstützen, um Heimatgeschichte fortzuschreiben und zu bewahren
- die Implementierung eines **Festivals der klassischen Musik** analog dem Grafschafter Open Air
- einen mit jährlich **50.000 € gefüllten speziellen Fördertopf „Kultur für Jugendliche nach Corona“**, aus dem Projekte mit und für Jugendliche aus allen Kultursparten gefördert werden können
- eine starke Vernetzung zwischen Kulturschaffenden im Landkreis und der Tourismusbranche
- die Ausbildung ehrenamtlicher **„Kulturscouts“**. Diese können, ähnlich den Rangern im Bentheimer Wald, Schulklassen oder andere Besuchergruppen zu den kulturhistorisch, künstlerisch oder landschaftlich reizvollen Stätten ihrer Region begleiten und informieren.
- die Idee eines **Kreis-Naturkundemuseums** mit Schwerpunkt „Bäuerliche Kultur – von der Bronzezeit bis in die Gegenwart“ noch einmal aufgreifen. In diesem Rahmen können die vielen Ausgrabungsfunde, die im Zuge der regen Bautätigkeit der letzten Jahre und Jahrzehnte, bislang weitgehend unveröffentlicht, ihren Platz finden.
- regelmäßige Berichte zu der Arbeit des Grafschafter Heimatvereins, der Emsländischen Landschaft und der Euregio seitens der Verwaltung im Kulturausschuss

Sanfter Tourismus als wirtschaftliche Perspektive

Wir GRÜNEN stehen für eine **nachhaltige und verantwortungsvolle Tourismuswirtschaft**. Für uns gilt es, die Stärkung der lokalen Wirtschaft und eine individuelle Reisemobilität in Balance zu bringen mit Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Uelsen als staatlich anerkannter Erholungsort mit seinem Schwerpunkt „sanfter Tourismus“ kann für die Grafschaft als Vorbild dienen.

GRÜNE OV Nordhorn

Wir fordern:

- die Erstellung eines nachhaltigen **Tourismuskonzeptes**, kommunenübergreifend mit bildhafter, überregionaler Vermarktung und touristischer Infrastruktur. Die Grafschaft Bentheim soll als Ökotourismusziel herausgestellt werden.

- die Zusammenarbeit mit dem niederländischen Nachbargebiet Overijssel für sozio-kulturelle Freiluftveranstaltungen um und auf der Grenze (Konzerte, Feste, Sportveranstaltungen)

- die Weiterführung eines sanften Rad- und Wandertourismus mit Ausrichtung auf Familien und Aktivtouristen

- die Organisation und Bewerbung **touristischer Kombi-Angebote** unter Einbindung vorhandener Dienstleister – z.B. Frühstück, geführte Kanutour, gemeinsames Grillen und anschließend mit dem Pferdewagen zurück

- die Entwicklung und Förderung von attraktiven Beherbergungsformaten wie beispielsweise Ferien auf Hausbooten, in Tiny Houses oder auf dem Bauernhof
- sinnvolle Anschlüsse an Fernradwanderwege
- behutsame, aber zügige Reaktivierung des Ems-Vechte-Kanals und Unterstützung der Stadt Nordhorn beim Projekt Wasserstadt
- Instandsetzung diverser „kunstwegen"-Objekte, die für den Grafschaft-Tourismus beworben werden
- Elektroräderladestationen an Ausflugszielen
- **Leihstationen für Räder, Boote und andere Elektrofahrzeuge** fördern
- Ausweisung von geeigneten **Zeltflächen für Radreisende**
- neue Wohnmobilplätze nur unter Aspekten des Ökotourismus

6. Bildung

Bildung ist die Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben, solange wir leben. **Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und ihm optimale Lernbedingungen bereitgestellt werden**. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, die Stadt/der Landkreis steht als Schulträger aber in der Verantwortung, für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung zu sorgen.

Lernorte Kindertagesstätten und Schulen

Wir fordern:

- Das Angebot an **hochwertigen Kita- und Krippenplätzen** soll zügig bedarfsgerecht ausgebaut werden. Kitas sollen eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Erzieher:innen haben. Als Arbeitsplatz müssen Kitas attraktiver werden. Dazu gehören u.a.

gut ausgestattete Personalräume, eine angemessene Vergütung und weitere Vergünstigungen.

- In Zusammenarbeit mit **außerschulischen Lernorten** wollen wir das Umweltbewusstsein und die Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Kitas und Schulen stärken.

- Unsere Schulen müssen nach Bedarf stets zeitnah **saniert und neugestaltet** werden. Wir setzen uns für eine lernfördernde und jugendgerechte Ausstattung der Räume wie der Außenanlagen ein. Inklusives und barrierefreies Lernen muss grundsätzlich in allen Kitas und Schulen möglich sein. Zudem müssen die Schulen für einen gebundenen Ganztagsunterricht ausgestattet sein – dazu gehören u.a. Räumlichkeiten, in denen die Schüler:innen ein gesundes Mittagessen einnehmen und sich während der Mittagspause aufhalten können. **Gesundes und ausgewogenes Essen für unsere Kinder** muss gefördert werden, nach Möglichkeit aus der Region und aus ökologischem Anbau.

- **Stellen für Schulsozialarbeit muss es an allen Schulformen geben**. Auch im Hinblick auf Auswirkungen der Corona-Pandemie halten wir mindestens eine Stelle je Schule für unabdingbar. Notfalls sollen auf kommunaler Ebene Kosten übernommen werden, bis auf Landesebene entsprechende Voraussetzungen für die Finanzierung geschaffen werden.

- **Digitales Lernen** muss durch zeitgemäße IT-Ausstattung an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen ermöglicht werden. Dazu gehören leistungsfähige Internetanschlüsse in allen Klassenräumen, eine moderne Ausstattung der Klassenräume, hochwertiger technischer Support und Arbeitszimmer für die Lehrer:innen. Die Corona-Krise hat für alle verdeutlicht, wie wichtig die Digitalisierung der Schulen ist.

- **Inklusion an unseren Schulen** soll gefördert werden. Förderschulen sollen nur so lange bestehen bleiben, wie es dem Elternwunsch entspricht. Unser Ziel ist die inklusive Schule.

- Wir setzen uns für wohnortnahe Angebote von Deutsch als Fremdsprache ein, denn **Sprache ist der Schlüssel zur Integration**. Unterricht soll nach Sprachkenntnissen differenziert erfolgen.

- Unsere **berufsbildenden Schulen** sollen baulich und vor allem technisch so ausgestattet werden, dass sie den modernen Anforderungen der Digitalisierung gerecht werden. Dazu bedarf es entsprechend der digitalen Entwicklung berufsbezogener Projekträume, einer modernen Ausstattung mit berufstypischen technischen Geräten und Anlagen sowie eines hochwertigen technischen Supports.

GRÜNE KV Grafschaft Bentheim

Lebenslanges Lernen

- Die **berufsbildenden Schulen** sollen verstärkt zu Orten lebenslangen Lernens ausgebaut werden. Die Digitalisierung fordert von den Beschäftigten, durch Weiterbildung mit dem raschen Wandel der Anforderungen Schritt zu halten. Die berufsbildenden Schulen sollen Lernorte dafür sein und müssen entsprechend ausgestattet werden.

- Das Angebot unserer **Volkshochschule** im Bereich der **Sprachkurse** soll bedarfsgerecht ausgebaut werden.

- Ein qualitativ hochwertiges und vielfältiges **Kulturangebot** soll sichergestellt werden.

- Lebenslanges Lernen in der Volkshochschule: Die Digitalisierung eröffnet neue Chancen für Angebote mit lokal zu geringer Nachfrage u.a. für den zweiten Bildungsweg. Es können eigene Angebote geschaffen werden oder Bildungssuchende mit anderen Anbietern vernetzt werden. Es sollen Bildungsangebote für alle Altersgruppen vorgehalten werden.

- Ihren vielfältigen Aufgaben kann die Volkshochschule nur mit einem ausreichenden Raumangebot nachkommen.

Sie haben Fragen?
Lassen Sie uns miteinander sprechen!

Kreisverband Grafschaft Bentheim **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Kokenmühlenstr. 13
48529 Nordhorn

Öffnungszeiten: Montags von 15.00 bis 18.00 Uhr,
Mittwochs von 9.00 bis 12.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Telefon: (0 59 21) 3 98 07
E-Mail: info@gruene-grafschaft.de

Homepage: www.gruene-grafschaft.de
Instagram: @gruenegrafschaft
Facebook: Grüne Grafschaft Bentheim

Urheber der Fotos: siehe Bildunterschriften

Am 12. & 26. September GRÜN wählen!

.